

Gesellschaft für Wildtier- und Jagdforschung e. V.

Prof. Dr. Michael Stubbe, 1. Vorsitzender der GWJF
Prof. Dr. Dr. Sven Herzog
Prof. Dr. Hans-Dieter Pfannenstiel
Geschäftsstelle der GWJF
Domplatz 4
06108 Halle/Saale



GWJF, Domplatz 4, 06108 Halle/Saale

Frau

27.05.2020

Ministerin Julia Klöckner

**Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft
11055 Berlin**

Offener Brief

Waldstrategie 2050, Novelle Bundesjagdgesetz

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die Gesellschaft für Wildtier- und Jagdforschung e. V. ist eine Vereinigung von Wildbiologen, Jagdwissenschaftlern, Ökologen, von an Wildtier- und Jagdforschung und an Natur- und Umweltschutz interessierten Wissenschaftlern und Praktikern sowie Institutionen und Einrichtungen, die mit Wildbiologie und Jagd befasst sind. Sie ist mit knapp 300 Mitgliedern die größte einschlägige wissenschaftliche Fachgesellschaft im deutschsprachigen Raum. Als Mitglieder dieser Gesellschaft wenden wir uns an Sie, verehrte Frau Ministerin, in großer Sorge um die Wildtiere und das Jagdwesen in unserem Land.

In der gegenwärtigen Diskussion um eine Waldstrategie 2050 und eine Novelle des BJagdG wird von allen Seiten betont, der Wald stelle ein Ökosystem dar. Der Begriff Ökosystem beinhaltet allerdings alle biotischen und abiotischen „Player“ in diesem komplizierten Zusammenspiel. Schon aus dieser schlichten Überlegung wird deutlich, dass die Maxime „Wald vor Wild“, die 2006 in Bayern Gesetzeskraft erlangt hat, mit Ökologie nichts zu tun hat. Wir plädieren daher nachdrücklich dafür, Wald tatsächlich als Ökosystem zu betrachten und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung neuer Paradigmen des Waldbaus nicht ausschließlich den Wildtieren zuzuweisen. Auch die globale Erwärmung, die Trockenheit der letzten Jahre und die damit im Zusammenhang stehenden Käferkalamitäten sind nicht unseren Wildtieren anzulasten.

Die laufende Diskussion um die Jagdgesetzgebung ist extrem einseitig auf den Wald fokussiert. Die Tatsache, dass zwei Drittel unseres Landes unbewaldet sind und dort auch hinsichtlich des Umgangs mit Wildtieren andere Bedingungen als im Wald herrschen, wird dabei nahezu vollständig ausgeblendet. Der immer wieder zitierte vermeintliche "Wald-Wild-Konflikt" – da sind sich die relevanten Wissenschaftler weitestgehend einig – existiert in dieser Form nicht und kann – einen ökosystemaren Ansatz zugrunde gelegt – naturgemäß auch nicht existieren. Wohl aber gibt es in unserer Gesellschaft eine Vielzahl von Partikularinteressen um Wald und Wild, welche ihrerseits zu – teilweise großen – Konflikten führen können. Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz, Jagd, Tourismus, Tierschutz und viele andere Interessengruppen spielen hier eine Rolle, und jede dieser Gruppen ist in sich keineswegs homogen.

Ein Entwurf der Waldstrategie 2050 der Bundesregierung betont die erwähnten Punkte, um dann allerdings in altbekannter Form lediglich einen einzigen Faktor, die Wilddichten der pflanzenfressenden Huftierarten, aufzugreifen und diese als zentralen Störfaktor der Waldentwicklung anzuprangern. Diese sehr einseitige Sichtweise wird durch verschiedene wildbiologisch und jagdkundlich definitiv unrichtige, ideologisch überformte Aussagen aus dem Wissenschaftlichen Beirat Waldpolitik des BMEL noch unterstützt. Hier gilt es, grundsätzliche Missverständnisse zu klären.

Sowohl die Landesforstbetriebe als auch kommunale oder mittelgroße und große Privatforstbetriebe, welche den bei weitem größten Teil der Waldflächen hierzulande bewirtschaften, sind gleichzeitig Grundeigentümer. Somit sind diese auch Inhaber des Jagdrechts und des Jagdausübungsrechtes. Entsprechen die oben erwähnten Argumente den Tatsachen, so stellt sich die Frage, warum die vermeintlichen oder tatsächlichen Probleme in der Vergangenheit nicht gelöst wurden.

Gesunde und an die landeskulturellen Verhältnisse angepasste Wildbestände mit ausgeglichenem Geschlechterverhältnis stehen nach wie vor mit wildbiologischen Erkenntnissen in voller Übereinstimmung. Wir bezweifeln nicht, dass es lokal Wildbestände gibt, die den geplanten Waldumbau und die dabei im Vordergrund stehende Naturverjüngung behindern. Wir bezweifeln allerdings, dass die geforderten jagdrechtlichen Änderungen diesbezüglich zielführend sind. Das Bundesjagdgesetz gehört derzeit zu den liberalsten Jagdgesetzen weltweit. Eine weitere Liberalisierung entspricht weder den gesellschaftlichen Forderungen nach zunehmender Berücksichtigung von Naturschutz- und vor allem von Tierschutzargumenten, noch erscheint sie aus forstlicher Sicht erforderlich, da die meisten betroffenen Forstbetriebe als staatliche oder private Eigenjagdbezirke bereits jetzt weitestgehende Freiheiten in der Ausgestaltung ihrer Jagdpraxis innehaben. Diese wird – etwa aufgrund betriebsinterner Zielkonflikte wie der Erzielung von Einnahmen aus der touristischen Vermarktung von Jagdgelegenheiten – allerdings vielfach nicht genutzt.

Wir erkennen durchaus die Notwendigkeit an, Wildbestände mit lokal zu hohen Dichten zurückzuführen. Was dabei aber nicht geschehen darf, ist das planlose Zusammenschießen von Beständen, die anschließend nicht mehr ihrer natürlichen Sozialstruktur entsprechend leben können. Genau das aber ist offensichtlich geplant, wenn Abschusspläne abgeschafft werden sollen, Mindestabschuss die Regel werden soll, Jagdzeiten extrem verlängert werden, flächendeckende Vegetationsgutachten durch Forstbehörden erstellt werden sollen und kurze Laufzeiten von Jagdpachten

propagiert werden. Alle diese Maßnahmen haben zugleich eine zunehmende Enteignung von Jagdrechtsinhabern zur Folge.

Aus Sicht der Wildbiologie empfehlen wir daher dringend, neben den vor allem forstlichen Partikularinteressen auch andere gesellschaftlich relevante Interessen in Bezug auf unsere einheimischen Wildtiere, insbesondere diejenigen des Arten- und Tierschutzes, im Auge zu behalten. Eine immer weitergehende Liberalisierung der Jagdgesetzgebung ist diesen Zielen abträglich und wird mit Sicherheit zu weiteren Konflikten führen.

Stattdessen wäre es an der Zeit, die wildbiologischen Erkenntnisse der vergangenen Jahrzehnte in die Diskussion einzubeziehen. Gerade zu Fragen der Lebensraumnutzung, der Nahrungssituation und des Ruhebedürfnisses der pflanzenfressenden Huftiere wurden in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen Ergebnisse erzielt, die belegen, dass ein reiner wilddichteorientierter Ansatz, wie ihn die Waldstrategie 2050 noch immer verfolgt, definitiv nicht mehr dem aktuellen Stand des Wissens entspricht.

Seit etwa fünf Jahrzehnten versucht man, zunehmenden forstlichen Schäden durch Wildtiere mit zunehmenden Abschusszahlen zu begegnen. Ganz offensichtlich ist diese Strategie gescheitert, sonst hätten wir heute die Probleme gelöst. Daher ersuchen wir Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, die Fehlentwicklungen der Vergangenheit nicht in einer Waldstrategie 2050 erneut für weitere 30 Jahre festzuschreiben und ein neues BJagdG nicht im Sinne einer einseitigen Wald vor Wild-Maxime zur grundlegenden Änderung unseres Jagdsystem zu nutzen. Stattdessen sollten die mittlerweile durch die Wissenschaft bereitgestellten innovativen Instrumente im Wildtiermanagement nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern insbesondere durch die staatlichen und großen Privatforstbetriebe auch genutzt werden, um damit endlich Probleme zu lösen, statt sie erneut über Jahrzehnte zu konservieren und immer wieder aufs Neue politisch zu instrumentalisieren.

Mit freundlichem Gruß

gez.
Prof. Dr. M. Stubbe

gez.
Prof. Dr. H.-D. Pfannenstiel

gez.
Prof. Dr. Dr. S. Herzog